Die Linke im Kreisverband Heinsberg - Haushaltsrede 2015 zum Etatentwurf 2016 des Kreises Heinsberg

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und mit ihm das Haushaltsjahr 2015. Spätestens seit der letzten Ausschusssitzung in diesem Jahr steht fest, dass der Etatentwurf von der Mehrheit des Kreistages verabschiedet wird.

Insofern verzichten wir hier auf konkrete Angaben und beschränken uns auf eine politische Bewertung.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, viele Anträge und Anfragen sind im Laufe des Jahres gestellt und beantwortet worden, wengleich nicht immer zu unserer vollsten Zufriedenheit. Auch waren die Anfragen aller Fraktionen von unterschiedlichster Thematik.

Aber ein Thema hat uns alle berührt und wird uns voraussichtlich in den nächsten Jahren noch beschäftigen – die Flüchtlingssituation in Deutschland im Allgemeinen und im Kreis Heinsberg im Besonderen.

Diese nach dem zweiten Weltkrieg zuletzt dagewesene Flüchtlingssituation in Deutschland stellt eine große Herausforderung dar und kann letzten Endes nur gemeinsam gelöst werden. Wir als Linke wissen das und nehmen die Situation sehr ernst.

Die hausgemachte Armut durch unsere Bundesregierung führte nicht nur in NRW zu klammen Kassen in den Kommunen. Das ist Sparpolitik am falschen Ende und wird durch die Flüchtlingssituation weiterhin verschärft.

An dieser Stelle sagen wir als Linke ganz deutlich, dass nicht die Menschen das Problem sind, die vor Kriegen, Gewalt, Terror und Armut fliehen, sondern die verfehlte Politik der Bundesregierung.

Medienberichten zu Folge boomen die deutschen Rüstungsexporte weiterhin. So wurden von der schwarz-roten Regierung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Rüstungsausfuhren im Wert von 3,5 Milliarden Euro genehmigt.

„Wer Waffen liefert und Kriege führt, wird Terroristen ernten“

Und wir als Linke bleiben dabei – Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen.

Nun haben wir erfahren, dass das Land Nord Rhein Westfalen einen Fond für den Sozialen Wohnungsbau, **ex-pli-zit für** die Flüchtlinge, aufgelegt hat – das ist erst einmal gut gedacht, reicht aber nicht.

Jahrelang wurde der soziale Wohnungsbau zurückgefahren mit fatalen Folgen für Menschen mit geringem Einkommen und nun auch für die Flüchtlinge in unserem Land.

Wir als Linke fordern, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, um Menschen ein Zuhause zu bieten, die es sich eben nicht leisten können, in teure Wohnungen zu ziehen. Im Gegenteil, gerade die Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, brauchen bezahlbaren Wohnraum.

Man verlangt auf der einen Seite, sie mögen sich angemessenen Wohnraum suchen, weil man ihnen sonst die Kosten für Unterkunft kürzt, aber auf der anderen Seite gibt es diese Wohnungen nicht. Das ist ein **de-sas-trö-ser Miss-stand** und wird von uns nicht hingenommen.

Es darf in der jetzigen Situation nicht der Fehler begangen werden, Wohnraum **ex-pli-zit** nur für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, sondern die Mitbürgerinnen und Mitbürger mitzunehmen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Ansonsten heizen wir die schon ohnehin angespannte Lage in Deutschland weiterhin an.

Es gibt Menschen da draußen, die berechtigte Ängste haben – die müssen wir ernst nehmen. Es gibt Menschen da draußen, die nur darauf warten ihren Frust Bahn zu brechen – die müssen wir stoppen.

Mit unserem gemeinsam eingereichten Positionspapier gegen rechte Gewalt haben wir das ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, aber reicht das wirklich, um weiteres Unheil abzuwenden? Ich befürchte, dass wird nicht reichen. Aufklärung ist wichtiger denn je.

Die Flüchtlingssituation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir, spätestens mit den Hartz 4 Gesetzten, sozialen Unfrieden in diesem Land geschaffen haben und dieser uns nun um die Ohren zu fliegen droht.

Seit Jahren wird in Berlin nach der Devise „Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung“ regiert.

Deshalb lehnen wir die überregionale Sparpolitik zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ab.

Ich möchte nun zur Schulsozialarbeit kommen. Die Landesförderung zur Finanzierung der Schulsozialarbeit für den Kreis Heinsberg abzurufen, ist und war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, zeigt aber auch, dass sparen um jeden Zweck nicht immer der bessere Weg ist.

Investition in Prävention zahlt sich oft erst in einigen Jahren aus. Deswegen sollte es im nächsten Jahr Ziel sein, an jeder kreiseigenen Schule, abhängig von der Schülerzahl, sozialpädagogische Stellen dauerhaft und im nötigen Umfang einzurichten bzw. auszuweiten, unabhängig davon, ob und wie hoch das Land oder der Bund diese mitfinanziert.

Eine Auswirkung gut funktionierender Schulsozialarbeit ist zum Beispiel der landesweite Rückgang der Straftaten bei jungen Menschen.

Trotz dieses Rückgangs bleiben aber weiterhin Jugendliche und Heranwachsende übrig, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Dies zeigt, wie wichtig Schulsozialarbeit geworden ist. Vor diesem Hintergrund werden voraussichtlich im Zuge der **Flüchtlings-in-te-gra-tion** die Schulen vor noch größeren Herausforderungen stehen.

Auch dürfen wir nicht unterschätzen, dass viele Kinder und Jugendliche durch die Gewalt, den Krieg und den Terror, den sie erfahren haben, traumatisiert sind.

In diesem Zusammenhang liegt uns die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge besonders am Herzen. Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich betonen, dass es nicht sein kann, dass Menschen ohne medizinische Ausbildung über die Notwendigkeit eines Arztbesuches entscheiden.

Und es kann auch nicht sein, dass Menschen, die akut erkrankt sind, den Umweg über das Sozialamt (Gesundheitsamt) gehen müssen. Das Argument, dass Gesundheitskarten missbraucht würden, ist haltlos. Jede und jeder, der eine Gesundheitskarte besitzt, hat ein Foto von sich darauf, was ihn allein berechtigt und ausweist, diese Karte zu verwenden.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal an Sie, Herr Landrat, appellieren – auch vor dem Hintergrund, dass schon zahlreiche fruchtlose Gespräche stattgefunden haben, weiterhin in den Kommunen für die

Gesundheitskarte zu werben. Wir bleiben dabei, Gesundheit ist ein Menschenrecht und macht auch vor Flüchtlingen nicht halt.

Ich komme nun zu den Jobcentern...

Auch in diesem Jahr haben wir viele Bürgerinnen und Bürger in die Jobcenter begleitet. Erfreulicher Weise haben wir in Heinsberg die Erfahrung gemacht, dass die Menschen, die dort um Hilfe bitten, freundlich aufgenommen und beraten wurden. Insbesondere im Hinblick auf ihre persönliche Situation und berufliche Qualifikation wurden ihnen Möglichkeiten zur Qualifikation und Weiterbildung angeboten. Das ist lobenswert und sollte in jedem Jobcenter selbstverständlich sein.

Leider mussten wir aber auch feststellen, dass es in einigen Jobcentern nicht so freundlich zugeht und die Menschen dort auf unzumutbare Weise behandelt wurden. Das akzeptieren wir nicht und fordern deshalb die Verantwortlichen auf, diesen **Miss-stand** sofort zu beenden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und darf vor den Jobcentern erst recht nicht Halt machen.

Wir werden, wie auch im letzten Jahr, an der Realisierung des Haushaltes aktiv mitwirken. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit bei dieser für den Kämmerer kostenfreien Rede, die aber hoffentlich nicht umsonst war!

Sehr geschätzter Herr Schöpgens,

für Ihre immer freundliche und hilfsbereite Zusammenarbeit möchten wir uns bei Ihnen recht herzlich bedanken.

Wir sagen "good" und "bye"
Und auch "A-dieu"
Und trotzdem tut ihr Abschied
uns ein wenig weh.
Das eine Auge weint,
das andere Auge lacht.
Wir haben viele Stunden
hier mit ihnen verbracht.

Sie haben ab heute gut lachen,
Sie grinsen und denken wohl,
lass die Anderen doch machen.

Genießen Sie ihren Ruhestand,
Und reisen Sie quer durchs ganze Land.
Wir wünschen Ihnen mit frohem Mute
für die Rente alles Gute!

Unserem neuen Kämmerer, Herrn *Michael Schmitz*, heißen wir herzlich willkommen
und wünschen ihm eine glückliche Hand bei der Bewältigung seiner neuen
Aufgaben.

Gruß- und Schlusswort an die Kreistagsmitglieder.

In wenigen Tagen feiern wir Weihnachten und das Neujahrsfest. Wir möchten
aus diesem Anlass allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, allen hier
Anwesenden, aber auch deren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein
erfolgreiches, gesundes sowie friedliches Neues Jahr wünschen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Silke Otten

Fraktionsvorsitzende Die Linke im Kreistag Heinsberg